

# «Lasst uns mit der Politik streiten»

Das Gespräch zwischen Geflüchteten und Grossratsmitgliedern anlässlich des Flüchtlingstags zeigte, dass die geltenden Regeln dem Einzelfall oft nicht gerecht werden.

Der Moderator des Gesprächs zwischen Politikern und Geflüchteten auf dem Bahnhofplatz in Baden, Michael Tomebosa, stammt aus Eritrea und lebt seit 2015 in der Schweiz. Er fordert die auf der Bühne sitzenden Grossrätinnen Edith Saner (Die Mitte), Lea Schmidmeister (SP) und den Grossrat Robert Müller (SVP) mit der Frage heraus: «Herr Müller, Frau Saner, Frau Schmidmeister, wie kämen Sie mit neun Franken pro Tag über die Runden?» So viel beträgt die Asylsozialhilfe, welche Personen im laufenden Asylverfahren sowie vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer erhalten.

## NEUN FRANKEN PRO TAG

Alle drei Politiker geben zu, dass neun Franken pro Tag hinten und vorne nicht reichen, um den Alltag zu bestreiten, geschweige denn, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Höhe der Asylsozialhilfe sei ein politisches Dauerthema, sagen sie. Patrizia Bertschi, ehemalige Präsidentin des Vereins Netzwerk Asyl, ehemalige SP-Grossrätin und seit Jahrzehnten im Flüchtlingsbereich tätig, steht dem Moderator zur Seite. Sie merkt an: «Die Kantone bestimmen die Höhe der Asylsozialhilfe. Und der Aargau liegt am Schluss der Liste.» Lea Schmidmeister bringt den Teuerungsausgleich ins Spiel, den der Bundesrat für die Sozialhilfe gewährt habe, der bei der Asylsozialhilfe aber noch ausstehe: «Bei neun Franken am Tag fällt es ins Gewicht, ob die Teigwaren plötzlich einen Franken mehr kosten als bisher», erklärte sie.

## TEUERUNGS AUSGLEICH FEHLT

Angeht dieses einleuchtende Beispiel sagte SVP-Grossrat Robert Müller, er würde im Grossen Rat den Ausgleich der Teuerung bei der Asylsozialhilfe unterstützen. Auf die Frage von Schmidmeister, ob er den entsprechenden Antrag in der Kommission gleich selbst stellen würde, befand er: «Das würde dir besser anstehen. Ich selbst bin mit der Zusage der Unterstützung schon sehr weit gegangen.» Das Publikum schätzte den guten Willen der politisch Verantwortlichen, die Schwierigkeiten von Geflüchteten ernst zu nehmen.



Patrizia Bertschi und Michael Tomebosa moderierten das Gespräch zwischen Politikerinnen, Politikern und Geflüchteten am 18. Juni auf dem Bahnhofplatz in Baden.

Eine weitere Frage betraf die freie Wohnungswahl von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen. Sie dürfen ihren Wohnsitz nicht selbst wählen, sondern werden den Gemeinden zugeteilt. Robert Müller und Edith Saner unterstützen die freie Wohnungswahl nicht. Beide betonten die Solidarität zwischen den Gemeinden und die Notwendigkeit, die geflüchteten Menschen gut zu verteilen. «Es gibt eine solidarische Verteilung, die grundsätzlich funktioniert. Wir wollen keine Hotspots», sagte Edith Saner, die während ihrer Zeit als Gemeinderätin und Frau Gemeindeammann in Birmenstorf regelmässig Kontakt mit Geflüchteten hatte. Robert Müller, ebenfalls ehemaliger Gemeindeammann in Freienwil, verwies zusätzlich auf eine sinnvolle Durchmischung an den Schulen, die seiner Meinung nach bei freier Wohnungswahl gefährdet wäre.

## «SYSTEM IST ZU WENIG FLEXIBEL»

SP-Grossrätin Lea Schmidmeister hat als Mitarbeiterin der Flüchtlingsberatung der Caritas täglich Kontakt mit Geflüchteten. Sie sprach sich für die freie Wohnungswahl aus und bemängelte: «Das Problem ist, dass es keine Ausnahmen gibt.» Etwa dann, wenn jemand in die Nähe seines Arbeitsortes ziehen möchte. Oder wenn eine Familie mit

schulpflichtigen Kindern die Wohngemeinde wechseln muss, weil ihr Haus abgerissen und sie einer anderen Gemeinde zugeteilt wird.

«Es gibt immer Fälle, die nach einer Ausnahme rufen», gab Robert Müller zu, «doch das ist in der Schweiz besonders schwierig, weil hier alles detailliert geregelt ist.» Das System sei nicht flexibel. Auch Edith Saner sagte, dass es wünschenswert wäre, stärker auf Einzelfälle eingehen zu können. Fragen aus dem Publikum betrafen aber auch die ungleichen Status verschiedener Geflüchteter: «Gilt nicht auch für Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan, was man für die Menschen aus der Ukraine annimmt - nämlich, dass sie wieder nach Hause zurückkehren wollen, wenn der Konflikt vorbei ist?», fragte ein Mann. Die drei Mitglieder des Grossen Rates erklärten, dass der Kriegsausbruch in der Ukraine eine Ausnahme- und Notsituation gewesen sei, die rasches Handeln erfordert habe. Und dass niemandem gedient sei, wenn die verschiedenen Status gegeneinander ausgespielt würden. Ein passendes Schlusswort richtete eine Frau aus dem Publikum an die Anwesenden: «Lasst uns nicht untereinander, sondern mit der Politik streiten. Wir müssen zusammenhalten, wir sind alles Menschen.»

• MARIE-CHRISTINE ANDRES